

## Rußland von heute

In der Mitgliederversammlung der Vereinigung mitteldeutscher Privatbankiers, über die wir bereits kurz berichteten, sprach Prof. Dr. Wiedentheil, Leipzig, der bis zum Herbst vorigen Jahres als Vertreter des Deutschen Reiches in Rußland für die Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland tätig war, über die wirtschaftlichen Verhältnisse des heutigen Rußlands. Er ging davon aus, daß der Bolschewismus eine spezifisch russische Erscheinung sei und in seinen wichtigsten Äußerungen an die Verwaltungsweise des früheren Rußlands unmittelbar anknüpft; infolgedessen sei besonders Vorsicht angebracht gegenüber der Frage, was von den heutigen Zuständen dem Bolschewismus und was dem allgemeinen Russentum, vor allem aber dem Kriege und den ihm folgenden Invasionen auf dem Schuldkonto zu setzen ist. Die Zerstörungen in Landwirtschaft und Industrie z. B. fallen fast gar nicht den Kommunisten, sondern beinahe ausschließlich den Kämpfern des alten und Wrangel mit Koltshak und Judenitsch zur Last und finden sich demgemäß in Zentralrußland überhaupt nicht. Wohl aber hat der Kommunismus sich als unfähig erwiesen, das Zerstörte wieder aufzubauen und die im Kriege auf Kriegsmaterial eingestellten Fabriken danach wieder auf Friedensproduktion zurückzustellen. Außer einigen Fabriken, die nach wie vor Kriegsmaterial fabrizieren und unter Trotzki's starker Hand in starrer Betriebsdisziplin gehalten werden, ist beinahe keine Fabrik der früheren Zeit zu geodneten, die Produktionsmittel richtig auszunutzender Tätigkeit gekommen. Auch die sogenannten Trusts, zu denen man die verschiedenen Industriezweige zusammengefaßt hat, befinden sich in dauernder Umorganisation, ohne ihr Ziel planmäßiger Betriebseinstellung erreicht zu haben.

Recht übel sieht es vor allem im Transportwesen aus. Allerdings sind die wichtigsten Radiallinien aus der Kriegszerstörung heraus wieder gangfähig gemacht worden, und es findet auf ihnen auch ein regelmäßiger Personenverkehr statt. Aber auch bei ihnen läßt der Güterverkehr alles zu wünschen, und schon die wichtigeren, erst recht die weniger bedeutenden Nebenlinien sind zugunsten jener Hauptlinien größtenteils ihrer Schienen beraubt worden. Auch die Wasserstraßen sind noch längst nicht aus der Vernachlässigung, unter der sie im Krieg gelitten haben, in den Friedenszustand herausgehoben worden. Dieser ganze Zustand macht sich vor allem im Transport der Brennstoffe äußerst nachteilig geltend und läßt auch die in Rußland selbst gewonnenen Rohstoffe nicht an die Verarbeitungswerke herankommen.

In der Landwirtschaft hat der Krieg, der ihr die menschlichen und tierischen Arbeitskräfte für lange Jahre entzogen hatte, den letzten Rest von Widerstandskraft gegenüber den klimatischen und sonstigen natürlichen Verhältnissen genommen. Die Bauernschaft war dann zwar mit dem Bolschewismus insofern einverstanden, als dieser ihr die Ländereien des Großgrundbesitzes zu freiem Zugriff zunächst überlassen hat. Sie wurde jedoch in schärfsten passiven Widerstand getrieben, als ihr von den Bolschewisten alle Überschüsse und Vorräte zugunsten der großen Städte und der Roten Armee zwangsweise fortgenommen wurden. Die Einschränkung der Bestellung, die in ihrer Wirkung durch die Missernte der Jahre 1919, 1920 und 1921 noch ins Schreckhafte gesteigert wurde, hat im Frühjahr 1922 den Umschwung zur Neuen Oekonomischen Politik (Nepo) herbeigeführt. Mit ihr ist der Binnenhandel in Landwirtschaftsprodukten und dann der gesamte Binnenhandel wieder freigegeben worden.

Die Wirkung der Nepo hat sich in den Städten sehr rasch gezeigt, und zwar in einer Belebung des Markt- und Lädenverkehrs, auch in einer Hebung des Ernährungszustandes und dann der Willenskraft. Aber wirklich Nennenswertes ist aus ihr für die Grundlagen der russischen Wirtschaft, für die Produktivität noch nicht herausgekommen. Dies kann auch nicht der Fall sein, solange die bolschewistische Regierung für den gesamten Außenhandel die zentralistische Leitung beibehält; denn so lange wird es Rußland an dem erforderlichen Auslandskredit und erst recht an dem organisatorischen Kräften fehlen, die aus dem Chaos der Planwirtschaft wieder einen glatten Gütertausch aufzubauen verstehen.

Das System des Außenhandels wird denn auch nicht eigentlich aus wirtschaftlichen Gründen, sondern aus parteipolitischen Gründen noch immer beibehalten; es ist der letzte Rest der sozialistischen Wirtschaft und kann nur ganz langsam und unter dauernden Rückschlägen aufgebaut werden, weil sonst die Partei den Führern nicht folgen würde. Gerade der Zusammenhang mit der Politik, der in Rußland allzu eng geworden ist, macht sich an dieser Stelle besonders schädlich geltend und macht ein sicheres Urteil, wann die wirtschaftlichen Bedürfnisse sich wirklich durchsetzen werden, für absehbare Zeit unmöglich. Mit einer Beseitigung des ganzen politischen Systems ist aber einzuwirken um so weniger zu rechnen, als die Gegner völlig zerspalten und durch den Terror müde gemacht sind, während die kommunistische Partei ein Muster straflicher Disziplin darstellt, und als die große Masse der Bauernschaft, seitdem man die Zwangsrequisition ihrer Überschüsse eingestellt hat, den politischen Fragen wieder ohne jedes Interesse gegenübersteht.

**Handelsverkehr mit Portugal.** Am 28. April 1923 ist mit Portugal ein vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen worden, das dem seit dem 6. Dezember 1922 verfallenen Handelsverhältnis vorläufig für die Dauer von sechs Monaten ein Ende setzt und mit dem 12. Mai 1923 in Kraft getreten ist. Portugal gewährt Deutschland für die Dauer des Abkommens seine gegenwärtigen oder etwa späterhin in Kraft tretenden Mindestzollsätze (Minimaltarif) auf deutsche Einfuhrartikel nach Portugal und sichert zu, daß deutsche Waren von Sonderzollsätzen frei bleiben. Deutschland hat sich neben der Zuzahlung gewisser Höchstzollsätze und der Gewährung von Einfuhrkontingenten für Oelsardinen, Korkwürfel, -scheiben und -platten, Port- und Madeiraerweine, Ananas und frisches Obst verpflichtet, die Fakturierung und Bezahlung der beider-

seitigen Warenbezüge in der Währung eines der beiden Länder nichts in den Weg zu legen. (Bisher bestand verschiedentlich die Vorschrift, Geschäfte nach Portugal nur in englischen Pfund zu tätigen.) Ferner wird der portugiesische Escudo an den deutschen Börsen zur Notierung zugelassen. Der zur Anwendung kommende Minimaltarif ist in dem neuen portugiesischen Zolltarifgesetz vom 27. März 1923 enthalten, das am 20. April 1923 in Kraft getreten ist.

**Der Verband deutscher Treuhand- und Revisionsgesellschaften e. V.** hat den Multiplikator für den Tag der Inanspruchnahme auf 1,100 festgesetzt. Die Inanspruchnahme eines Revisors kostet demzufolge pro Revision und Tag 55,000 Mark. Außer dieser Zeitgebühr erhebt der Verband grundsätzlich eine Wertgebühr, entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung des einzelnen Falles und der geistigen Leistung. Kommt bei einzelnen Tätigkeitsgebieten eine Wertgebühr nicht zur Berechnung, sondern nur eine Zeitgebühr, so erhöht sich die der Berechnung zugrunde liegende Grundgebühr um 50 Prozent; kommt in einem Falle eine Zeitgebühr nicht in Anrechnung, sondern nur eine Wertgebühr, so erhöht sich diese um 50 Prozent.

**Das Liquidationserschließungsgesetz** wird in dritter Lesung vom Reichstag angenommen. Der neue Gesetzeskomplex stellt insofern eine wesentliche Änderung dar, als er eine gleiche Behandlung von Gläubigern und Schuldner vorsieht, und zwar derart, daß in beiden Fällen das Zehnte des Friedenswertes zur Grundlage der Berechnung der Forderung sowohl wie der Schuld dem Reiche gegenüber gemacht wird. Das Liquidationserschließungsgesetz selbst gewährt als Entschädigung das Zehnte des Friedenswertes der eingezahlten Gegenstände. Friedenswert ist der Wert am 25. Juli 1914; bei Erwerbungen nach dem 25. Juli 1914 ist der Anschaffungspreis in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Die Zuschüsse betragen das Zehnte des Friedenswertes im Falle der Entwertung, d. i. wenn der Geschädigte infolge einer Entziehung seine wirtschaftliche Lebensgrundlage ganz oder überwiegend verloren hat. Die Zuschüsse betragen das 40ste bei Entwertung in Verbindung mit Wiederaufbau im Inland, 50ster Zuschuß bei Wiederaufbau im Ausland; 1. wenn ein Geschädigter, der in einem abgetretenen Gebiet eine solche Tätigkeit selbständig betrieben hat, eine solche im Ausland wieder aufnimmt, 2. analog bei Geschädigten im ehemals deutschen Kolonialgebiet oder ehemals feindlichen Ausland, dergleichen auch für Geschädigte im ehemals deutschen Unternehmen in leitender Stellung angeht. Das Zehnte der Zuschüsse bei Entwertung in Verbindung mit Wiederaufbau im Ausland. Die Entschädigungssätze steigen jedoch nicht über das Doppelte der genannten Sätze — um 20 Proz. für je 40 Proz. der Veränderung der Durchschnittsrichtzahl (Durchschnitt zwischen den Reichsrichtzahlen der Lebenshaltungskosten einschließlich Bekleidungskosten und der Großhandelsrichtzahlen der Industriestoffe). Gegebenenfalls fallen die Sätze entsprechend, aber nicht unter die Hälfte. Richtzahlentschädigung wird gewährt: 1. bei Verlust von Hausrat und Kleidungsstücken bis zum Friedenswert von insgesamt 500 000 M., 2. bei Verlust von Kleiderstücken bis zu 500 M., Friedenswert (bei Abhängenden die Hälfte), 3. bei Verlust von Roh- und Betriebsstoffen bzw. Waren bis 500 M., 4. bei Verlust von zur Berufsausübung notwendigen Gebrauchsgegenständen bis 3000 M. Friedenswert (falls entsprechender Bedarf wieder aufgenommen wird). Die Höchstsätze vermindern sich entsprechend, wenn einzelne Gegenstände beibehalten sind. Voraussetzung für Entschädigung ist der Besitz der Reichsangehörigkeit zur Zeit des Inkrafttretens des Versailler Vertrages; dasselbe gilt für Erben. Barzahlung ist bis zu 4 Millionen Mark, darüber hinaus ist die Richtzahlentschädigung zu 1/2 bar, zu 1/2 in Reichsschatzansweisungen zu leisten. Letztere sind nach vier Jahre fällig, die Zinsen betragen den gleichen Satz wie der Reichsbankdiskont, jedoch nicht weniger als 8 und nicht über 15 Proz. jährlich. Der Geschädigte hat Anspruch auf Nachzahlung, wenn die Entschädigung nicht innerhalb eines Monats nach rechtswirksamer Festsetzung ausbezahlt wird.

## Bank- und Geldwesen

Kurse der Federal Reserve Bank, New York, für Reparationslieferungen im freien Verkehr.

Datum	Goldmark = Französische Franken	Goldmark = Britische Pfunde	Goldmark = Portugiesische Escudos	Goldmark = Papiermark	Goldmark = Dollar
1923					
3. 5.	3,588	4,150	5,421	9 102 185	0,238 216 293 815
4. 5.	3,577	4,123	5,451	9 102 185	degl.
5. 5.	3,577	4,123	5,451	9 102 185	degl.
7. 5.	3,509	4,123	5,449	9 102 185	degl.
8. 5.	3,588	4,123	5,426	9 102 185	degl.
9. 5.	3,615	4,123	5,476	9 102 185	degl.
10. 5.	3,600	4,123	5,489	9 102 185	degl.
11. 5.	3,600	4,123	5,478	9 102 185	degl.

Wochendurchschnittskurse:

29. 4.	3,561	4,123	—	8 131,010	degl.
--------	-------	-------	---	-----------	-------

Wochendurchschnittskurse:

Datum	1 Dollar = Papiermark	engl. Pfund = Papiermark	französischer Franken = Papiermark	belgischer Franken = Papiermark	1 Lire = Papiermark
1923					
3. 5.	39 451,528	179 292,296	2 553,546	2 207 692	1 844 615
4. 5.	37 037,027	171 811,111	2 462,505	2 137,027	1 811,111
5. 5.	34 482,759	159 519,345	2 062,259	1 984,207	1 778,510
7. 5.	37 037,027	171 811,111	2 441,444	2 141,815	1 803,704
8. 5.	37 037,027	170 296,296	2 426,259	2 122,222	1 798,206
9. 5.	38 461,538	177 273,077	2 534,615	2 158,467	1 845,154
10. 5.	37 037,027	170 533,536	2 444,444	2 114,515	1 770,379
11. 5.	40 000,000	184 624,000	2 610,000	2 260,000	1 924,000

**Berichtigung:** Folgende Kurse 1 Lire = Papiermark haben sich nachträglich geändert und sind zu berichtigen:  
 Tageskurs vom 29. 4. 1923: 1 450,000 statt 1 470,558.  
 Wochendurchschnittskurse 22. 4. 1923: 1 451,961 statt 1 455,392.  
 Monatsdurchschnittskurse April 1923: 1 193,130 statt 1 199,807.  
 Durch seinen Satzfehler war „Markt“ angegeben worden.

**Bank für Landwirtschaft, A.-G., in Berlin.** Die G.-V. beschloß Kapitalerhöhung auf insgesamt 2,5 Milliarden Mark. 670 Namensaktien zu je 600 A. werden in 1000-A.-Aktien ohne Nachzahlung umgestempelt, neu ausgeben werden 8000 zwanzigstimmige Namens-Vorzugsaktien und mindestens 50 000 Stammaktien, endlich werden die bestehenden 25 000 Namens-Vorzugsaktien über je 1000 A. in Inhaber-Stammaktien umgewandelt. Die Kapitalerhöhung ist aus Vorzeichnungen aus landwirtschaftlichen, industriellen und anderen Kreisen bereits völlig gewährleistet. Ungefähr ein Viertel des Gesamtkapitals der Bank bleibt in der Hand oberer der Verwaltung „kollektivistischer“ Gruppe und wird

nur mit 25 Proz. eingezahlt. Dem Unternehmen fließen durch die Erhöhung, da die neuen Aktien zum Kurse von 800 Proz. ausgeben werden, erhebliche Mittel zu. Aus der letzten Emission werden den bisherigen Aktionären jetzt 90 Mill. A. Stammaktien im Verhältnis von 1 zu 1 zu 250 Proz. angeboten. Das verflozene Geschäftsjahr war ein Jahr der Vorbereitung und des Ausbaus der Bank. Doch wurde nach reichlichen Abschreibungen immerhin ein Nettogewinn von etwa 70 Mill. A. erzielt, aus dem bei angemessenen Rückstellungen eine Dividende von 20 Proz. vorgeschlagen werden soll.

**Sächsische Kommunalkreditbriefe** zum Reichsbankdiskont. Die von der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden zu Dresden in Höhe von 1000 Mill. M. aufgelegten Kommunalkreditbriefe sind erheblich überschrieben worden. Da die zuständigen Ministerien die Anleihegenehmigung für 200 Mill. M. erteilt haben, kann auf die Zeichnungen volle Zuteilung erfolgen.

**Die Ascherlebener Weizenanleihe** ist sechsmal überzeichnet worden. Es soll die Zulassung an der Magdeburger Börse beantragt werden.

## Montanindustrie

**Erhöhung der Rohisenpreise.** Vom Eisenwirtschaftsband sind mit Wirkung ab 8. Mai folgende Höchstpreise festgesetzt worden: Hämatit 804 000, Gießereirohisen 1 774 000, No. III 771 000, Ferro-Silizium 10 v. H. 1 029 000, Cu-armes Stahleisen 804 000, Temper-Rohisen 804 000, Luxemburger Gießereirohisen 761 000, Siegerländer Stahleisen 844 000, Spiegelblech 8-10 v. H. Mn. 940 000. Die Ueberpreise sind unverändert geblieben.

**Die Lage der tschechoslowakischen Eisenindustrie.** Das Wiederaufsteigen der belgischen Konkurrenz bedingt auch, laut Industriekurier, auf die tschechoslowakischen Eisenpreise zu drücken. Die Werke sind besonders bei großen Spezifikationen leicht genügt, im Falle sinkender Preise Konzessionen zu machen. Ein solches Beispiel hat Witkowitz jetzt geliefert, indem es gegen eine große Zahl österreichischer, deutscher, ungarischer, französischer und belgischer Firmen sich den Zuschlag für die Lieferung und Ausführung der neuen Einzelkonstruktionen für das staatliche Kohlenbergwerk in Pernik (Bulgarien) sicherte. Die Preise der österreichischen Werke hielten sich noch vor kurzem an der Grenze der Ausführbarkeit. Nach früheren Erfahrungen dürfte zu bezweifeln sein, ob sie der nach unten gerichteten Preisentwicklung des gesamten Eisenmarktes genügend weit folgen können, um konkurrenzfähig zu bleiben.

**Harkortische Bergwerke und chemische Fabriken, A.-G.** Das Kapital soll 24 Mill. A. erhöht werden. Die neuen Aktien sollen als Schutzaktien dienen. Außerdem sollen bis zu 75 Mill. A. Genussscheine ausgeben und davon 45 Mill. Mark im Verhältnis 1 zu 1 zu 1200 A. angeboten werden; sie sollen außerdem ebenso Liquidationsberechtigt sein wie die Stammaktien.

**Am Aus dem Burbach-Konzern.** Die a. o. G.-V. der Bergbau-A.G. Wittkind in Volpriehausen beschloß die Umwandlung der bestehenden Vorzugsaktien sowie die Erhöhung des Kapitals um 40 Mill. M. 7,5 Mill. M. werden als Verwertungsaktien mit 25 Proz. eingezahlt und von einem Konzernwert übernommen. 10 Mill. werden im Verhältnis 2:1 angeboten und 22,5 Mill. im Interesse der Gesellschaft verworfen. Die Kapitalerhöhung wurde u. a. damit begründet, daß die Abschüttelung während der letzten Monate das Werk zwingt, sich zur Sicherung seiner Liquidität mit finanziellen Mitteln zu versehen. Außerdem habe die Gesellschaft große Aufwendungen für den Ausbau ihrer Tochtergesellschaft Eilers machen müssen, die aber ein vorzügliches Hartalzlager von bestem Werra-Typ verfige. Schließlich wolle sich Wittkind durch die Kapitalerhöhung auch noch die Möglichkeit zur Beteiligung an anderen Unternehmungen beschaffen. Das Werk hat im vergangenen Jahre günstig gearbeitet. Für 1922 wird eine Dividende von 100 (0) Proz. vorgeschlagen.

## Maschinen und Metalle

**Harburger Eisen- und Bronzewerke, A.-G.** Nach 1,83 (i. V. 2,45) Mill. A. Abschreibungen sollen in 1922 aus 172,53 (29,7) Mill. A. Reingewinn 5,08 (0,75) Mill. A. Reserve und 15 (6) Mill. A. dem Werkverhaltungskonto zugewiesen, 25 (12,5) Mill. A. für Unterstützungen bereitgestellt, 50 (i. V. 25) Proz. Dividende und 100 (75) Proz. Bonus verteilt werden. Die neu aufgenommenen Fabrikationszweige haben den Erwartungen entsprochen. Von den 465,32 (22,96) Mill. A. Kreditoren entfallen 209,25 (0) Mill. A. auf Anstellungen. Außenstände sind auf 430,63 (44,4) Waren auf 241,04 (11,50) Mill. A. gestiegen. Einer a. o. G.-V. ist Kapitalerhöhung um 65 auf 84 Mill. A. vorgeschlagen. Auf eine alte sollen drei neue Aktien zu 100 Proz. zuzüglich Schuldloosenstempel gewährt werden.

**Grade-Motorenwerke in Magdeburg.** Die G.-V. genehmigte 75 Proz. Dividende. Die Beschäftigung in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres war teilweise besser als im Vorjahr. Der erhebliche Auftragsbestand sichert lohnende Beschäftigung bis zum Jahresende. Die großen Materialbestände bilden eine gute Grundlage.

**Elektromotorenfabrik Hannover, A.-G.** Die a. o. G.-V. beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 9 Mill. A. auf 15 Mill. A. Die Aktien werden sämtlich den alten Aktionären im Verhältnis von 2:3 zu 3000 Proz. angeboten werden.

**Julius Höfflich, A.-G., Kraftfabriker in Fürth.** Die a. o. G.-V. erhöhte das Aktienkapital um 15 Mill. M. Stammaktien, die den Aktionären im Verhältnis von 1:1 zu 800 Proz. angeboten werden.

**Stock & Kopp, A.-G.** Der Betriebsüberschuss in 1922 betrug 334,53 (i. V. 3) Mill. M. Es erfordert Unkosten 191,9 (2,46) Abschreibungen und Rückstellungen 71,1 (0,88) Mill. M. Aus 71,59 (0,6) Mill. M. Reingewinn werden 100 (15) Proz. Dividende und 109 (0) Proz. Bonus auf die Stamm- sowie 39 (16) Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien vorgeschlagen. Die Gesellschaft war in allen Abteilungen gut beschäftigt und hat die Verkaufsorganisation erheblich erweitert. Der weitere Ausbau macht eine Kapitalerhöhung notwendig, deren Umfang noch nicht feststeht.

**Kollmar & Jourdan, A.-G., Uhrenfabrik, in Pforzheim.** In 1922/23 stieg der Fabrikationsgewinn auf 1191,32 (i. V. 16,31) Mill. A. Unkosten erforderten 202,67 (7,36) Mill. A. Für Abschreibungen wurden 18,84 (0,41) Mill. A. verwendet und damit sämtliche Anlagekosten auf je 1 A. abgeschrieben. Für Erneuerung wurden 200 (0) für Selbstversicherung 230 (0) Mill. A. zurückgestellt. Aus dem mit 450 49 (9,43) Mill. A. verbleibenden Reingewinn sollen 50 (1,28) Mill. A. der Reserve und sämtliche des 25jährigen Jubiläums als A.-G., 120

(1,5) Mill. A. einem Wohlfahrtskonto zugewiesen, 6 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und 1050 (i. V. 35) Proz. Dividende auf 25 (12) Mill. A. Stammaktien verteilt werden (i. V. former 1 Mill. A. für Baureserve). Zum Vortrag bleiben 17,56 (0,09) Mill. Mark. Das deutsche Geschäft war bis zum Frühjahr zufriedenstellend, stockte dann aber. Es werden fast nur noch die billigsten Qualitäten verlangt. Das Exportgeschäft war befriedigend. In der Bilanz sind die Kreditoren auf 72,79 (3,61) Mill. A. gestiegen. Andererseits haben sich Debitoren auf 399,09 (12,91), Wechsel auf 298,22 (3,56), Kasse auf 5,8 (0,17), Effekten auf 52,34 (0,65) und Waren auf 253,02 (7,02) Mill. A. erhöht. Der Zugang auf Effekten erklärt sich im wesentlichen aus der Zeichnung von Zwangsanleihe und von Dollarschatzanweisungen. Das Neubaikonto ist mit 62,21 (0) Mill. A. in die Bilanz eingestellt.

## Verschiedene Gesellschaften

**Dynamit-A.-G. vorm. Alfred Nobel & Co. in Hamburg.** In 1922 stieg der Rohgewinn auf 489,89 (i. V. 38,8) Mill. A. Unkosten und Steuern erforderten 137,1 (11,24) Mill. A., Bankzinsen 22,71 (0) Mill. Mark. Nach 2 (1,5) Mill. A. Abschreibungen sollen aus 307,61 (22,22) Mill. A. Reingewinn 200 (i. V. 20) Proz. Dividende verteilt und 30,81 (0,82) Mill. A. vorgetragen werden. Vorweg wurde ein Wiederanbaukonto mit 600 Mill. A. gebildet. Neben 2403,11 (60,97) Mill. A. Kreditoren werden 783,09 (0) Mill. A. Bankschulden gesondert ausgewiesen. Ihnen stehen gegenüber 704,26 Mill. A. Bankguthaben, 344,76 (82,89) Mill. A. Guthaben bei verbündeten Gesellschaften, 2927,31 (einsehl. Bankguthaben 47,99) Mill. A. Debitoren und 385,91 (78,89) Mill. A. Bestände. Das Inlandgeschäft an Sprengstoffen, hauptsächlich aber die Ausfuhr hätten gute Erträge gebracht. Der Verlauf des neuen Geschäftsjahres sei bisher befriedigend. Im Interesse der Erweiterung der geschäftlichen Beziehungen soll die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder um 4 auf 16 erhöht werden.

**Weltfälisch-Anhaltische Sprengstoff-A.-G., Chemische Fabriken, in Berlin.** In 1922 ergab sich ein Fabrikationsgewinn von 235,93 (i. V. 13,48) Mill. A. Unkosten erforderten 156,61 (9,45) Mill. A. Aus 84,41 (4,58) Mill. A. Reingewinn einschl. Vortrag werden u. a. 200 (25) Proz. Dividende vorgeschlagen und 30,3 (0,6) Mill. A. vorgetragen. Die angeschlossenen Unternehmungen haben befriedigende Ergebnisse erzielt. Aus der Bilanz sind hervorzuheben: Vorräte 4,76 (35,67), Kasse usw. 61,51 (0,84), Außenstände 2279,63 (67,35) und Kreditoren 2215,51 (69,11) Mill. A.

**Carbont-A.-G. in Hamburg.** Mit 17,84 (i. V. 1,8) Mill. M. Abschreibungen werden in 1922 die Zugänge auf Anlagekonto voll abgedeckt, so daß dieses unverändert mit 4,28 Mill. M. zu Buche stehen. Bestände werden mit 92,69 (17,08) Mill. M. bewertet. Schuldeneinschließlich Bankguthaben haben sich auf 722,94 (18,19) Reste auf 6,56 (0,11) und Wechsel und Schecks auf 40,29 (0,71) Mill. M. gehoben. Unter 147,15 (0,74) Mill. M. Kreditoren sind die Schulden an befreundete Gesellschaften auf 710,08 (26,35) Mill. M. gestiegen. An Dividende werden aus 5,95 (0,59) Mill. M. Reingewinn 170 (17) Proz. vorgeschlagen. Produktion und Absatz der Sprengstoffe haben beinahe die Mengen der Vorjahreszeit erreicht. Wenn sie sich vorwiegend im Inlande abgesetzt werden, so hat sich doch auch die Ausfuhr gehoben. Die Lackfabrik hat besonders im zweiten Halbjahre befriedigend gearbeitet, das Drahtblechwerk war fast beschäftigt.

**Chemische Fabriken Kunheim & Co., A.-G., in Berlin.** Die G.-V. beschloß Kapitalerhöhung auf 100 Mill. A. 25 Mill. A. werden zu 110 Proz. angeboten. Neu gewählt in den Aufsichtsrat wurde Generaldirektor Dr. Neuhaus von der Firma Borsig.

**Vereinigte Ultramarinfabriken, A.-G. vorm. Leverkus, Zeltner & Konsorten, in Köln.** Die a. o. G.-V. genehmigte die Verdoppelung des Stammkapitals auf 27 Mill. A. Die neuen Aktien werden 1:1 zu 8000 Proz. angeboten. Das Stimmrecht der bestehenden 1 Mill. A. Vorzugsaktien wurde erhöht. Man werde auf Lager arbeiten müssen, wozu man Mittel benötige.

**Oles-Werke, A.-G. für Mineralölindustrie in Frankfurt a. M.** Die G.-V. wurde auf den 4. Juni vertagt, wobei der Kapitalerhöhungsantrag wegzulassen ist. Näheres wird in der G.-V. berichtet werden.

**Opposition bei Vereinigte Berliner Motorenwerke.** Die G.-V. setzte die Dividende auf 90 Proz. fest. Auf Anfrage von Aktionärsseite teilte die Verwaltung mit, daß der Posten Debitoren sich im abgelaufenen Geschäftsjahre aus dem Grunde verkleinert habe, weil die Gesellschaft von der Zentralverkaufsstelle Berliner Motorenwerke, G. m. b. H., die den gesamten Warenbetrieb der Berliner Motorenwerke inne habe, in diesem Jahre sofortige Kasse verlangt habe, um der Marktkonvergenz vorzubeugen. Andererseits sei das Kreditorenkonto größer geworden, da sich die Gesellschaft mit Futtermitteln rechtzeitig eingedeckt habe und somit über bedeutende Vorräte verfüge. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Grundstücks- und Sandvorräte auf 60-80 Jahre ausreichen würden. Schließlich wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 12 auf 25 Mill. M. beschlossen. Hieron sollen 10 Mill. M. den Aktionären im Verhältnis 1:1 zu 2909 Proz. angeboten werden. Die restlichen 2 Mill. M. sollen im Interesse der Gesellschaft verwendet werden. Gegen die Anträge der Verwaltung stimmten 1468 gegen 3078 Stimmen. Die Opposition gab aus dem Grunde Protest zu Protokoll, weil sich die Vorzugsaktionen bei jedem Punkte der Tagesordnung der Stimmte enthalten hätten, und die Rechtsgültigkeit der durchgeführten Beschlüsse von der Opposition in Zweifel gezogen wurde.

**Bayrische Spiegelglasfabriken Beckmann Kupfer, A.-G. in Fürth.** Aus 172,47 (8,02) Mill. A. Reingewinn sollen 300 (30) Proz. Dividende verteilt, 16 Mill. A. auf 32 Mill. A. junge Aktien einzuzahlen und 6,38 (0,48) Mill. A. vorgetragen werden. Abschreibungen werden nicht ausgenutzt. Die Bilanz verzeichnet in Mill. A.: Debitoren einschl. Bankguthaben 465,81 (23,78), Bestände 65 (19,84), Kreditoren 228,34 (20,48) Mill. A. Die G.-V. genehmigte den Abschluß.

**Leuch & Nippert, Hoch- und Tiefbau-A.-G., in Berlin.** Die G.-V. setzte die Dividende auf 50 Proz. fest. Die Verwaltung teilte mit, daß die Geschäftslage für die nächsten Monate günstig sei. Die in der Schwebe befindlichen Transaktionen seien noch nicht zu Ende geführt.

**Elstererwerke, A.-G., in Mühlhausen.** Der Aufsichtsrat schlägt für das erste Geschäftsjahr 20 Proz. Dividende vor. Weiter wird eine „wesentliche“ Erhöhung des Aktienkapitals beantragt.